



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG

22. März 2022

Nr. 33/2022

Gewaltiger Schub für E-Mobilität durch Landesinitiative Elektromobilität III

Ministerpräsident Kretschmann: Verkehrssektor Schritt für Schritt von Abhängigkeit fossiler Brennstoffe lösen

Verkehrsminister Hermann: Landesinitiative Elektromobilität III hat seit 2017 knapp 16.000 Ladepunkte im Südwesten gefördert und mit SAFE BW flächendeckendes Ladenetz geschaffen

Die Elektromobilität hat in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren durch die Förderung des Landes einen gewaltigen Schub erhalten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte am Dienstag (22. März 2022) in Stuttgart: „Baden-Württemberg liegt sowohl bei der Zahl der E-Fahrzeuge als auch bei der Ladeinfrastruktur inzwischen im Bundesländervergleich mit an der Spitze. Die Transformation hin zu klimaneutralen Antrieben ist unabdingbar, um die Klimaschutzziele der Landesregierung zu erreichen. Außerdem führt das dazu, dass wir uns im Verkehrssektor Schritt für Schritt von der Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen lösen können. Wie wichtig das ist, erleben wir in diesen Tagen in besonders drastischer Form durch den Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf die Versorgung Deutschlands und Europas mit Öl und Gas.“

Verkehrsminister Winfried Hermann hatte zuvor dem Landeskabinett über die Ergebnisse der Förderprogramme des Verkehrsministeriums im Rahmen der Landesinitiative Elektromobilität III berichtet. „Mit diesen Programmen haben wir

klimaschonende Antriebsformen im Land entscheidend vorgebracht und maßgeblich zum Hochlauf der Elektromobilität beigetragen“, betonte der Verkehrsminister.

Durch Fördermittel wurden seit 2017 Investitionen in E-Fahrzeuge und in den Aufbau der Ladeinfrastruktur von insgesamt weit mehr als einer halben Milliarde Euro ausgelöst. So wurden mit dem BW-e-Gutschein und einer Summe von 38 Millionen Euro insgesamt 14.357 Fahrzeuge mit einem Gesamtwert von rund 533 Millionen Euro gefördert. Durch das Programm Charge@BW wurde landesweit der Aufbau von 15.865 Ladepunkten für E-Fahrzeuge finanziell unterstützt. Die Fördersumme dafür betrug 28,5 Millionen Euro, die Gesamtinvestitionen lagen bei 83,5 Millionen Euro. Überdies hat das Land mit Mitteln der Landesinitiative Elektromobilität III das flächendeckende Sicherheitsladenetz SAFE BW ausgebaut und damit bereits im November 2019 alle zehn Kilometer mindestens einen öffentlichen Ladepunkt sowie alle 20 Kilometer mindestens einen Schnellladepunkt geschaffen. Zusammen mit der Förderung von E-Bussen, E-Lkw, E-Taxis und E-Lastenrädern konnte das Verkehrsministerium insgesamt Fördermittel in Höhe von 79 Millionen Euro bewilligen und damit eine Gesamtinvestitionssumme von 682 Millionen Euro auslösen.

Minister Hermann betonte: „Auf diesen Erfolgen wollen wir uns nicht ausruhen. Der rasant fortschreitende Klimawandel erfordert neben dem Ausbau des ÖPNV und der Förderung von Rad- und Fußverkehr die weitere Transformation hin zu klimaschonenden Antrieben.“

Gemäß dem grün-schwarzen Koalitionsvertrag soll das flächendeckende LadeNetz für Elektrofahrzeuge weiter ausgebaut werden. Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass es im Südwesten bis 2030 rund zwei Millionen öffentlich und nichtöffentlich zugängliche Ladepunkte gibt. Um dies zu erreichen, könnten Fördervorhaben wie die fußläufige Erreichbarkeit von Ladeinfrastruktur, der Aufbau von E-Quartiershubs - spezielle Parkhäuser und Quartiere, die für E-Autos passende Ladesäulen bieten -, der Bau urbaner Schnellladehubs sowie ein Pilotprojekt zum Ausbau von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur für schwere Lkw umgesetzt werden.

Über die Förderprogramme BW-e-Solargutschein und BW-e-Nutzfahrzeuge fördert das Land zudem ausgewählte Fahrzeugflotten. „Es geht darum, für den

PKW-Bereich den Ausstiegspfad aus dem fossilen Verbrenner abzusichern. Dies wird ein wichtiger Beitrag, um die Klimaziele zu erreichen und bei batterieelektrischen Fahrzeugen einen Großteil der neuen Wertschöpfungskette in Baden-Württemberg zu halten“, so Hermann. Hierfür könnten Null-Emissions-Zonen in Stadtquartieren etabliert werden. Null-Emissions-Zonen sind Gebiete, die von fossil betriebenen Fahrzeugen weitestgehend freigehalten werden und nur von emissionsfreien Fahrzeugen und ÖPNV befahren werden dürfen. Entsprechende Vorhaben könnten in das nächste Förderprogramm Landesinitiative Elektromobilität 4 aufgenommen werden, das dem Ministerrat bis zum Sommer dieses Jahres zur Entscheidung vorgelegt werden soll.